

• Konferenz Bericht

sef:

Potsdamer Frühjahrsgespräche 2016

Wege zu einer koordinierten afrikanischen Migrationspolitik. Die Rolle afrikanischer Regionalorganisationen

Rebekka Hannes

Migration war in Afrika schon immer Teil des täglichen Lebens. Üblicherweise berichten die aktuellen Nachrichten darüber, dass Menschen auf Grund von Perspektivmangel, gewaltsamen Konflikten, Naturkatastrophen, Dürren oder Überschwemmungen ihre Heimat verlassen. Gleichzeitig fördern jedoch seit langer Zeit formelle und informelle Arbeitsmigration das wirtschaftliche Wachstum und den kulturellen Austausch in vielen Regionen. Alleine im Jahr 2013 hielten sich 15,3 Millionen MigrantInnen in einem anderen Land auf. Insgesamt 70% von ihnen verließen den Kontinent nicht; die meisten bleiben sogar innerhalb ihrer regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (RECs). Die Afrikanische Union (AU), ebenso wie verschiedene RECs und Nationalstaaten, haben darauf mit unterschiedlichen Strategien reagiert. Kohärente und durchdachte Politiken sollen die Vorteile regulärer Migration nutzbar machen und gleichzeitig die Risiken und Kosten für MigrantInnen

senken. Während der Potsdamer Frühjahrsgespräche am 7./8. April 2016, die von der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:), der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und dem Journal WeltTrends ausgerichtet wurden, machten mehr als 70 hochrangige MigrationsexpertInnen aus Afrika und Europa eine Bestandsaufnahme bestehender Mechanismen auf dem afrikanischen Kontinent. Darüber hinaus nahmen sie die Ziele und den Umsetzungsstand von Migrationspolitiken sowie deren Beitrag zu wirtschaftlichem Wachstum und Entwicklung unter die Lupe.

Migration wird in aktuellen Diskursen, sowohl auf dem afrikanischen als auch auf dem europäischen Kontinent, häufig als Problem betrachtet. Die Eröffnungsredner der Potsdamer Frühjahrsgespräche stellten dem die freiwillige Entscheidung, durch Migration seine Lebensumstände zu verbessern, gegenüber. Für Andreas Gies, Leiter der Abteilung Entwicklungszusammenarbeit weltweit im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), erwächst Migration immer aus der Motivation, die eigenen Lebensbedingungen verbessern zu wollen. Walter Lindner, deutscher Botschafter in Südafrika, fügte hinzu: „Wer sieht, dass die Menschen in einem anderen Land besser leben, geht dorthin.“ Mehrere Teilnehmende ergänzten, dass viele Gemeinschaften MigrantInnen sogar als Helden ansehen würden, weil sie ein Risiko eingegangen sind um ihre Leben zu verbessern.

MigrantInnen und Regierungen haben jedoch häufig ganz unterschiedliche Sichtweisen. Gibril Faal, Direktor von GK Partners und Vorsitzender der *African*



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2016: Andreas Gies, Klaus Brückner, Gibril Faal und Walter Lindner (v.l.n.r)

Foundation for Development (AFFORD), mahnte deshalb Politiker, die Bedeutung von Migration für die wirtschaftliche Entwicklung mehr wertzuschätzen. Für ihn ist die Bedeutung selbsterklärend: „MigrantInnen arbeiten aktiv daran, Armut zu reduzieren. Manchmal sind sie sogar erfolgreicher als internationale Institutionen oder Entwicklungsorganisationen.“ Der Migrationspolitik sei deshalb unbedingt eine höhere Priorität einzuräumen, vor allem mit Blick auf ihre Inhalte.

Migrationspolitik – ein Modetrend?

Migrationspolitik ist selbstverständlich nichts komplett Neues für afrikanische Regierungen und die RECs. Einige der regionalen und kontinentalen Instrumente wurden bereits vor Jahrzehnten eingeführt, so z.B. das ECOWAS (*Economic Community of West African States*) Protokoll zur Personenfreizügigkeit (1979), der Lagos Plan of Action (1980) oder das Abuja-Abkommen (1991). Die Afrikanische Union (AU) hat im Jahr 2006 das *African Migration Policy Framework* verabschiedet.

Inzwischen wurden in allen RECs Protokolle zur Personenfreizügigkeit initiiert. Diese unterscheiden sich jedoch stark hinsichtlich der Tiefe der geplanten Integration; die Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC) und die ECOWAS sind bislang am weitesten fortge-



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2016: Hailu Kinfe Bune

schrritten. Das prominenteste kontinentale Vorhaben ist derzeit der Plan für einen afrikanischen Pass, der bis 2018 eingeführt werden soll. Dieser Plan macht einerseits die Personenfreizügigkeit zu einer der höchsten Prioritäten; andererseits soll er die Abwanderung aus dem Kontinent heraus abschwächen und den innerafrikanischen Handel befördern. In den letzten Jahren haben außerdem viele Staaten ihre

eigenen Instrumente eingeführt, um Migration zu regeln und Diasporagemeinschaften einzubinden.

Ist das Entwerfen von Migrationspolitiken nichts weiter als ein Modetrend? Für Professor John O. Oucho, Exekutivdirektor des *African Migration and Development Policy Centre* (AMADPOC) in Nairobi, ist der Fall klar. Für ihn sprießen Migrationspolitiken derzeit aus dem Boden wie es Bevölkerungspolitiken in den 1970ern, Umweltpolitiken in den 1980ern oder Klimapolitiken in den 1990ern taten. Das Formulieren von Strategien dürfe jedoch kein Selbstzweck sein; stattdessen sei es wichtig, die Ziele einer genauen Prüfung zu unterziehen. Teil der Evaluierung sollte z.B. die Frage sein, ob Personenfreizügigkeit tatsächlich ein realistisches Ziel für den Kontinent und bestimmte Regionen ist. Oucho kritisierte, dass viele Protokolle zur Personenfreizügigkeit in Afrika irreguläre Migration schlichtweg ignorierten. Zusätzlich herrsche auch innerhalb existierender Instrumente eine starke Fragmentierung; manche Politikziele auf eine absolute Personenfreizügigkeit ab, während andere nur die Mobilität spezieller Berufsgruppen vorsehen. Dies dürfe, so Marina Peters von Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, nicht zu einer Marginalisierung von MigrantInnen führen, die auf den ersten Blick dem Staat keinen Nutzen bringen. Niemandem dürfe das Recht auf Mobilität abgesprochen werden. Zusätzlich wurde vielfach kritisiert, dass Migrationspolitik sich häufig auf den Aspekt der Immigration konzentriere, was wiederum zu einer Versicherheitlichung von Migration führe: „Emigration wird als eine Frage der Menschenrechte gesehen, Immigration jedoch als eine Frage der Souveränität“, kritisierte Oucho.

Voraussetzungen für das Formulieren von Migrationspolitik

Damit Migrationspolitik tatsächlich relevant sein kann, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Erfordernisse, auf die mehrfach hingewiesen wurden, sind angemessene Forschung sowie verlässliche Daten. Diese fehlen häufig auf dem afrikanischen Kontinent. Auf der einen Seite werde kaum evaluiert, ob und in welchem Ausmaß Regionen und einzelne Staaten tatsächlich von unterzeichneten Protokollen und deren Umsetzung profitieren: „Afrikanische Staaten müssen fragen, was der Vorteil für sie und ihre Industrie ist, wenn sie Migration regeln“, formulierte Oliver Bakewell, Direktor des *International Migration Institute* an der Universität Oxford. Viele Teilnehmende drückten auch ihre Sorge darüber aus, dass ohne solch generelle Evaluierungen Blaupausen aus anderen Weltregionen für das Formulieren neuer Strategien herangezogen werden könnten.

Darüber hinaus leiden viele weitere Politikfelder, die für Migration relevant sind, ihrerseits unter einem

Mangel an Forschung. Seit Anfang 2015 wird das *Joint Labour Migration Programme* (JLMP) von der Kommission der Afrikanischen Union (AUC), der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der UN Wirtschaftskommission für Afrika (UNECA) und anderen Partnern umgesetzt. Bis zu seiner Gründung gab es kaum angemessene Arbeitsmarktstatistiken sowie Daten zu Merkmalen und Bedingungen von Arbeitsmigration, die für das Formulieren von Arbeitsmarktpolitiken, aber auch für die Bereiche Unternehmensentwicklung, Investition, Bildung und soziale Absicherung herangezogen werden könnten. Ebenso fehlt grundlegende Forschung zu Diasporage-meinschaften sowie den Fertigkeiten und Qualifika-



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2016: Takiwaa Manuh

tionen von Diasporamitgliedern, die wichtig für die Entwicklung von Strategien wäre. Diese Datenlücke versuchen nun das Direktorat für Bürger und Diasporaorganisationen (CIDO) der AUC sowie verschiedene nationale *Diaspora Engagement Bureaus* zu schließen.

Neben der Wissenschaft sollte auch die Zivilgesellschaft beim Formulieren von Migrationspolitik zurate gezogen werden. Sophie Ngo-Diep von der International Catholic Migration Commission (ICMC) zufolge werde häufig immer noch vergessen die Zivilgesellschaft in den Formulierungsprozess einzubinden. Dabei sei es die Zivilgesellschaft, die MigrantInnen in ihre Gemeinden aufnimmt, Freizeitaktivitäten veranstaltet und somit die Entwicklung von Gemeinschaften entscheidend prägt.

Fehlende Implementierung

Das Hauptproblem vieler bereits verabschiedeter Protokolle und Instrumente ist ihre fehlende Implementierung auf nationaler und regionaler Ebene.

Chris Nshimbi, Vizedirektor des Centre for the Study of Governance Innovation (GovInn) an der Universität Pretoria, erläuterte, dass etwa im südlichen Afrika viele multilaterale Migrationsinstrumente eingeführt seien. Diese würden jedoch von vielen Staaten nicht in die nationale Gesetzgebung umgesetzt. Zusätzlich hätten bilaterale Abkommen eine Art paralleles Arbeitsmigrationssystem im südlichen Afrika etabliert, kritisierte er.

Wie langsam die Umsetzung manchmal vonstatten geht, illustriert das Beispiel Ghanas: Der Staat wird zwar als Pionier angesehen, was die Umsetzung der visumsfreien Einreise von Afrikanern angeht. Die Zahlen sprechen jedoch eine andere Sprache: Das Land führte den ECOWAS-Pass zwar im Jahr 2010 ein – seit der Ratifizierung des entsprechenden Protokolls waren da aber bereits 31 Jahre vergangen.

Häufig wird die Umsetzung auch durch mangelnde personelle und finanzielle Kapazitäten behindert. Die überlappenden Mitgliedschaften in manchen RECs stellen ein weiteres Problem dar. Die generelle Akzeptanz der RECs scheint ebenfalls eine Herausforderung zu sein. Viele RECs hätten es nicht geschafft, ein Gemeinschaftsgefühl zu kreieren und würden deshalb von den Menschen in der jeweiligen Region nicht angenommen, wie einige Teilnehmende anprangerten. Stattdessen seien sie oft als Club für Politiker verschrien, die die lokalen Gegebenheiten in der Formulierung ihrer Strategien außer Acht lassen.

Arbeitsmigration als wirtschaftlicher Puffer

Wie bereits erläutert, haben sich viele Regionen und Staaten die Visumsfreiheit zur Aufgabe gemacht. Für Dr. Olumide Abimbola von der afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) kann Visumsfreiheit tatsächlich einen schnellen Erfolg für Länder bedeuten. Außerdem sei sie eine Grundbedingung für koordinierte Arbeitsmigration: „Je einfacher es ist, in ein Land mit bestehenden Geschäftskontakten einzureisen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass man dort investiert.“ Dem ersten *African Visa Openness Index* zufolge, den die AfDB kürzlich veröffentlichte, ist Visumsfreiheit jedoch noch ein hartes Stück Arbeit: Afrikaner benötigen Visa für 55% der afrikanischen Staaten; US-Amerikaner jedoch nur für 45%.

Angesichts dessen, dass bis zum Jahr 2050 eine Verdopplung der afrikanischen Bevölkerung vorausgesagt wird, müssten im gleichen Zeitraum ca. 110 Millionen neue Jobs geschaffen werden, um die aktuelle und zukünftige Erwerbsbevölkerung zu absorbieren. Arbeitsmobilität zu vereinfachen sollte damit Hand in Hand gehen, waren sich die Teilnehmenden einig. Häufig würden Aufnahmegemeinden und Regierungen zwar einsehen, dass ArbeitsmigrantInnen benötigt werden, aber „sie mögen schlichtweg

die Menschen nicht,“ veranschaulichte Faal. Um dem entgegenzuwirken müssten Migration und Mobilität mehr als Wirtschaftsfaktor verkauft werden, forderte Takyiwah Manuh, Direktorin der Abteilung für soziale Entwicklungspolitik bei der UNECA. Für sie liegt die größte Schwäche in der Implementierung von Migrationsinstrumenten darin, dass keine Regulierungs- und Schutzmaßnahmen für die ArbeitsmigrantInnen selbst bestehen – eines der Ziele, auf die das JLMP hinarbeitet.

Matthias Busse, Wissenschaftler am *Centre for European Policy Studies* (CEPS), wies auf die positiven Effekte von Arbeitsmigration in der EU hin. In der Finanzkrise, die im Jahr 2007 begann, habe Arbeitsmigration für die am meisten betroffenen Volkswirtschaften als Puffer fungiert; sie werde außerdem weitgehend als praktisches und vor allem sichtbares Recht angesehen. Die Politik sollte vor allem die Anerkennung von Abschlüssen, die Förderung von Sprachkompetenzen und die grundlegende Streuung von Informationen ins Auge fassen. Marcel R. Tibaleka, Botschafter der Republik Uganda in Deutschland, machte deutlich, dass nicht nur ArbeitsmigrantInnen, sondern auch Flüchtlinge einen enormen Beitrag zu der lokalen Wirtschaft leisten können, sofern sie arbeiten dürfen. Häufig würden Flüchtlinge jedoch in der Arbeitsmigrationspolitik vernachlässigt.

Transaktionskosten für Rücküberweisungen senken

Rücküberweisungen von MigrantInnen tragen aktiv zur wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Heimatländer bei. 66 Milliarden US-\$ wurden alleine im Jahr 2015 auf formellen Wegen in afrikanische Länder rücküberwiesen. Nigeria und Ägypten erhielten ca. zwei Drittel afrikanischer Rücküberweisungen. Hailu Kinfe Bune vom *African Institute for Remittances (AIR) Project* der AU erläuterte jedoch, dass nur ein Drittel aller Rücküberweisungen überhaupt erfasst würden, da der Großteil der Gelder auf informellen Wegen fließe.

Hauptgrund dafür sind die hohen Transaktionskosten für Überweisungen nach Afrika und vor allem innerhalb des Kontinents. Ein weiterer Faktor ist der Mangel an rechtlichen und regulatorischen Politiken, die einen Wettbewerb durch Transaktionsfirmen auf dem von Banken dominierten Markt bislang verhindern. Zusätzlich sind auch die in diesem Feld erhobenen Daten oft nicht aussagekräftig. Seit seiner Gründung im Jahr 2011 hat das AIR es geschafft, die Transaktionskosten für innerafrikanische Rücküberweisungen von einem Durchschnittswert von 20% auf 13% zu senken; der Trend geht weiterhin nach unten. Das AIR hat jedoch noch einen weiten Weg vor sich, um den afrikanischen Rücküberweisungsmarkt günstiger, sicherer und schneller zu machen

– Ziele, die 2015 auch in der *Addis Abeba Action Agenda* festgelegt wurden: bis zum Jahr 2030 sollen Transaktionskosten nicht mehr als 5% betragen und durchschnittlich bei 3% liegen.

Einbindung von Diasporagemeinschaften

In den letzten Jahren ist es in der Migrationspolitik üblich geworden, nicht nur die wirtschaftlichen Ressourcen von MigrantInnen außerhalb des eigenen Landes nutzbar zu machen. Viele afrikanische Länder versuchen zunehmend, ihre Diasporagemeinschaften auch in die Formulierung und Umsetzung von Migrations- und Entwicklungspolitiken einzubinden. Zu diesem Zweck haben viele afrikanische Länder *Diaspora Affairs Bureaus* innerhalb von Ministerien, aber auch in Konsulaten und Auslandsmissionen gegründet. Emmanuel Enos, Direktor des Ghanaischen *Diaspora Affairs Bureau*, erläuterte, dass Regierungen proaktiv vorgehen müssten, um Diasporagemeinschaften für ein Engagement zu motivieren: „Man sollte nicht warten, bis sie zu einem kommen und aktiv werden“, betonte er. In vielen Ländern habe sich gezeigt, dass das Engagement qualifizierter Mitglieder der Diaspora, z.B. im öffentlichen Sektor, die Kosten traditioneller technischer Zusammenarbeit senken und Entwicklung befördern könne. „Länder, die Nutzen aus Diasporanetzwerken ziehen, haben einen Wettbewerbsvorteil in der globalisierten Welt“, zeigte sich Kyeretwie Osei von CIDO überzeugt. Jeg-

Global Governance Spotlight 8|2015

Das Valletta-Dilemma. Warum afrikanische Migrations-Governance im Mittelpunkt stehen sollte

Mehari Taddele Maru

November 2015; 4 Seiten

Angesichts der enormen Flüchtlingsströme in

Richtung Europa hatte die Europäische Union (EU) vom 11.-12. November 2015 einen Migrationsgipfel in Valletta, Malta, einberufen. Die afrikanische Seite wurde eingeladen, an diesem Treffen teilzunehmen.

Im Global Governance Spotlight 8|2015 erläutert Dr. Mehari Taddele Maru Hintergründe der Migrationspolitik in Afrika. Er identifiziert eine Reihe von Diskrepanzen in der Umsetzung afrikanischer Migrations-Governance und unterstreicht, wie der Gipfel in Valletta die Migrationskrise in eine Chance verwandeln könnte. Zudem spricht er Empfehlungen für eine wirksame Migrations-Governance sowie die Entwicklungs- und Handels-Agenda der EU/AU-Partnerschaft aus.



liches Engagement der Diaspora sollte jedoch immer mit einem Wissenstransfer, der lokale Kapazitäten aufbaut, Hand in Hand gehen.

Eine Herausforderung im Engagement der Diaspora ist das Wiederherstellen von Vertrauen. Menschen, die ihre Heimat auf Grund von Kriegen, Repressio-



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2016: Geführte Tour durch Park Sanssouci

nen, aus politischen Gründen oder wirtschaftlichen Herausforderungen verlassen haben, sind verständlicherweise häufig nur schwer von aktueller Regierungspolitik zu überzeugen. Auf der anderen Seite müssten vertrauensbildende Maßnahmen auch bei den Menschen, die im Heimatland geblieben sind, ansetzen. „Es ist wichtig, dass sie sich nicht unterprivilegiert fühlen, wenn diejenigen, die einst geflohen sind, nun mit Anreizen empfangen werden“, betonte Cleophas Obino Torori vom *Transfer of Knowledge Through Expatriate Nationals* (TOKTEN) Programme des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) in Liberia.

Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit

Obwohl der generelle Einfluss von Migration auf Entwicklung außer Frage stand, wurde die potenzielle Rolle deutscher und europäischer Entwicklungspolitik dabei kontrovers diskutiert. Ein wichtiger Fokus des BMZ in Afrika ist derzeit die Unterstützung der Konzeptionalisierung nationaler Migrationspolitiken, wie Christoph Rauh, Leiter des Referats für Grundsatzfragen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Afrika und der Afrikanischen Union, hervorhob. Viele Teilnehmende kritisierten den Einfluss, den externe Akteure auf Migrationspolitik in Afrika zu haben scheinen. Für Viele bot sich der Eindruck, dass bestimmte Aspekte in den Strategien, die derzeit formuliert werden, den Regierungen aufgezwungen würden – vor allem angesichts der schiereren Menge an entstehenden Instrumenten. Eine Vertreterin der GIZ wehrte sich jedoch gegen

diese Interpretation. Entwicklungsakteure würden ihr Handeln an lokalen Bedürfnissen ausrichten; die Bedeutung, die nationale Konsultationen mit verschiedenen Interessensgruppen für die Debatten in vielen Ländern haben, werde von Kritikern vielfach unterschätzt.

Im Hinblick auf die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit verwies Rauh außerdem darauf, dass ihr eigentlicher Kern die Bekämpfung von Fluchtursachen sei. Projekte des BMZ seien deshalb darauf ausgerichtet, Perspektiven für Menschen zu schaffen und Herkunfts-, Transit- und Zielländer in die Lage zu versetzen, von den Vorteilen freiwilliger Migration zu profitieren. Der Begriff der Fluchtursachenbekämpfung stieß jedoch auf vielfache Widerrede. Anna Knoll vom *European Centre for Development Policy Management* (ecdpm) in Maastricht formulierte ihre Kritik so: „Der Begriff Fluchtursachen negiert die individuelle Entscheidung von MigrantInnen.“ Egal, ob man sie nun als Fluchtursachen bezeichnet oder nicht – Manuh hob vor allem hervor, dass das wichtigste Ziel internationaler Kooperation sein sollte, Jugendlichen und Frauen bessere Perspektiven zu ermöglichen, indem Ungleichheiten im Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitssektor aufgehoben werden.

Bedeutung des Valletta-Gipfels

Der Sinn und Unsinn der Fluchtursachenbekämpfung wurde zusätzlich vor dem Hintergrund des EU-AU-Gipfels zu Migrationsfragen diskutiert, der im November 2015 in Valletta stattfand. Es herrschte weitgehende Einigkeit, dass der Gipfel und die Ergebnisdokumente die enormen Differenzen an Interessen, Zielen und Bedürfnissen zwischen der afrikanischen und europäischen Seite widerspiegeln. Als Hauptunterschied identifizierte Dr. Mehari Taddele Maru, Migrationsberater für die AU und die Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung (IGAD), die unterschiedliche Priorisierung von Migration: „In der EU ist Migration ganz oben auf der Agenda, in der AU aber noch nicht einmal unter den Top Ten. Diese Lücke muss geschlossen werden“, argumentierte er.

Zusätzlich unterscheiden sich die Prioritäten und Interessen auch innerhalb der EU- sowie der AU-Mitgliedstaaten maßgeblich. Bestehende Divergenzen würden dadurch verschärft, dass die Position der EU hauptsächlich von der derzeitigen Flüchtlingssituation im Mittelmeer sowie einer gefühlten Sicherheitsbedrohung bestimmt werde. Dies führe zu einer ungleichen Dringlichkeitslage auf beiden Seiten. Maru wies darauf hin, dass das kurzfristige Denken der EU keinesfalls Fluchtursachen bekämpfen werde: „Eindämmung ist keine Lösung für Migration; es mag kurzfristig hilfreich sein, aber langfristig wird es nichts bringen.“

Diese Einschätzung teilte Dr. Abdoul-Aziz M'Baye vom Europäischen Auswärtigen Dienst nicht. Er war einer der Verhandlungsführer für die europäische Seite und erklärte, warum der Gipfel sich von vorherigen unterscheidet: „Zum ersten Mal hat die EU vor Afrika zugegeben, dass sie ein Problem hat. Nun muss Afrika auch als Partner agieren.“ Für ihn manifestiert sich die neue Rollenverteilung vor allem darin, dass die Hauptanliegen Europas – die Rückführung von MigrantInnen – im Aktionsplan an letzter Stelle stehe, während die afrikanischen Interessen – die Nutzen von Migration für Entwicklung – an erster Stelle stehen.

Letzten Endes „kann Migrationspolitik nicht schnell passieren“ – weder auf dem afrikanischen Kontinent, noch zwischen Europa und Afrika, wie Maru

es formulierte. Das Formulieren von Politik sollte, soweit wie möglich, auf existierende Rahmen und Initiativen aufbauen. Obwohl die Harmonisierung von Politik recht kritisch diskutiert wurde, kann Migrations-Governance nie als einzelnes Problemfeld betrachtet werden. Um eine koordinierte afrikanische Migrationspolitik zu erreichen, müssen verschiedene Ressorts auf nationaler, regionaler und kontinentaler Ebene mit der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor zusammenarbeiten. Langfristig entscheidet der politische Wille über die Nutzung des Potentials und des Einflusses von Migration. Um besser mit Migration umzugehen, Vorteile nutzbar zu machen und gleichzeitig bessere Perspektiven für die Lebensgrundlagen von Menschen zu schaffen, müssten „viel längerfristige transformatorische Herausforderungen angegangen werden“, schlussfolgerte Knoll.

Impressum

Die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) wurde 1986 auf Initiative von Willy Brandt gegründet. Als überparteiliche und gemeinnützige Stiftung bietet sie ein hochrangiges internationales Forum für das gemeinsame Nachdenken über drängende Fragen von Frieden und Entwicklung.

Die Berichte zu den Konferenzen und Veranstaltungen der SEF informieren in kompakter Form über die Diskussionen und Ergebnisse.

Herausgeberin
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn
Tel. 0228 959 25-0 : Fax 0228 959 25-99
sef@sef-bonn.org : [@sefbonn](#)
www.sef-bonn.org

Redaktion
Dr. Michèle Roth

Design Basiskonzept
Pitch Black Graphic Design
Berlin/Rotterdam

Gestaltung
Gerhard Süß-Jung

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.

© sef: 2016